

Rheiner Zeitung

Alltägliches Publikationsorgan des Magistrats

Rhein und des Landratsamts Löwen.



Einzelne Blätter mit
Konten der Tage nach
Krieg und Festtagen.
Anzeigenpreis: viertel-
jährlich von der Post ab-
gerechnet 1.— Mk., durch

den Briefträger frei ins
Haus gebracht 3,50 Mk.
Anzeigen- und Aus-
gabestelle in Rhein-
land-Westfalen: Köln,
Kaiserplatz.

Für die Redaktion
verantwortlich:
Richard Oeffelt
in Köln. Druck:
Berliner-Druckhaus Köln
Nr. 244.

Druck und Verlag
Maximilian Oeffelt
Landratsamt
R. Oeffelt, Köln.
Telegraphische An-
zeige: Rhein- und Westfalen.

Anzeigenpreis: die einseitige
Zeile 10 Pfennig, wenn 100 Zeilen
oder mehr, 8 Pfennig, wenn 200 Zeilen
oder mehr, 6 Pfennig, wenn 300 Zeilen
oder mehr, 5 Pfennig, wenn 400 Zeilen
oder mehr, 4 Pfennig, wenn 500 Zeilen
oder mehr, 3 Pfennig, wenn 600 Zeilen
oder mehr, 2 Pfennig, wenn 700 Zeilen
oder mehr, 1 Pfennig, wenn 800 Zeilen
oder mehr, 1 Pfennig, wenn 900 Zeilen
oder mehr, 1 Pfennig, wenn 1000 Zeilen
oder mehr.

Jedes Einzelblatt auf Abdruck
geht verloren, sobald der
Anzeigenpreis durch
geringeren Abdruck
beizugehalten werden muß.
Eingelassene Nummern: 10 Pf.

Nr. 10

Verlagsstelle: Köln, Königsbergstr. 25

Dienstag, den 13. Januar

Verantwortl. Schriftf. R. Oeffelt, Köln

1920

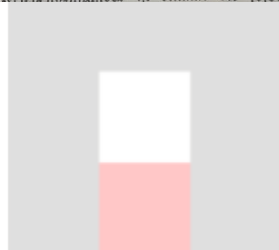
Der „Frieden“ tritt in Kraft.

Paris, 10. Januar. (W.B.) Heute nachmittags
4 Uhr unterzeichnete am Quai d'Orsay im Kabinett des
Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Ministerial-
direktor von Simon und Freiherr von Berner in An-
wesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll
vom 1. November. Sodann übergab Clemenceau die
entsprechende Bestätigung über die Herabsetzung der Schaden-
ersatzung für Scapa Flow. Damit ist der Frieden
in Kraft gesetzt. Clemenceau erklärte, daß noch heute
durch den Befehl zur Heimführung der deutschen Gefangenen
entschieden wird.

Aber die Württemberg von Kriegsverbrechen der En-
tente eine weitgehende Mitwirkung im gerichtlichen
Verfahren; dann aber brauche die Entente, um sich
einen guten Abgang zu sichern, nur dem Gedanken
des Schutzes der kleinen Nationen treu zu bleiben,
zu denen sie sich im Kriege so oft bekannt habe.
Die Niederlande seien zur Auslieferung des Kaisers
weder verpflichtet noch berechtigt; es bedürfe nur der
Erklärung der Entente, daß sie einen ihr aus Rechts-
gründen widerstrebenden kleinen Staat nicht vergewal-
tigen wolle, und der Gedanke des Kaiserprozesses sei
erledigt. Es wäre das erste Anzeichen der Wiederher-
stellung friedlicher Verhältnisse unter den bisherigen
Gegnern, wenn in der Auslieferungsfrage die Vernunft
über die Leidenschaft triumphierte.

Eine unmittelbare Folge der Wiederherstellung
des Friedensaufstandes ist einmal die sofortige Heim-

führung der Gefangenen in Mainz beginnt zwei Tage
nach der Ratifikation des Friedens der Abtransport
der Kriegsgefangenen aus Frankreich und zwar werden
zunächst die im besetzten Gebiet beheimat-
eten zurückgeführt werden. Die Gefangenen
kommen in Sonderzügen in die Durchgangslager, so
Gießen, Duren, Jülich und Eschweiler bei Aachen, und
zwar in jedes Lager voraussichtlich täglich ein Zug
mit etwa 1000 Mann. Die Gefangenen bleiben in die-
sen Lagern 48 Stunden zur Einlieferung und Ausstel-
lung ihrer Papiere. Sie dürfen während dieser Zeit
die Lager nicht verlassen. Es ist ihnen erlaubt,
aus dem Lager an ihre Angehörigen Postkarten mit
Ankunftsbenachrichtigung abzusenden. Ein formel-
ter Empfang in den Lagern und gemeinsame Kund-



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
WOLSZTYNIE

verändertes neben dem Einkommen, als sie nicht nur über dieses Einkommen, der nicht verbraucht worden ist, sondern auch Einkünfte besteuert, die gar nicht mehr vorhanden sind, weil sie vom Steuerpflichtigen verbraucht wurden. Die Besteuerung des Aufwandes, falls er über bestimmte, im Gesetz in Urteilen vorgesehene Bedarfsgrenzen hinausreicht, soll die steuerliche Gegenleistung zur Befreiung der Erbschaften in Form von Einkommensüberschüssen bilden. Die Besteuerung des nicht verbrauchten Vermögens erfolgt durch Ermittlung des Unterschiedes in der Höhe des Reinvermögens am Anfang und Ende des Zeitraumes, auf den die Einkommensteuer veranlagt ist. Von diesem Unterschied, wenn ein solcher sich nachweisen läßt, sollen tausend Mark für den Steuerzahler und einige hundert Mark für seine Familienangehörigen freigestellt bleiben, bei den hiernach folgenden ersten 10 000 Mark legt die Steuer mit 1 Prozent ein, hebt sich aber nach Maßgabe der nachweisbaren Einnahmüberschüsse. Der Steuerfuß entspricht den Hinweisen des Reichsfinanzministers, daß der Aufwand dreimal so hoch besteuert werden

soll, wie vor jetzt die Preissteigerungen zu kommen und dadurch rasch zu einer Entlastung zu kommen und dadurch auch den unangenehmen Streik in Westdeutschland ein Ende zu machen, die — wenn sie länger andauern sollten — vor allem auf die Lebensmittelversorgung der von dem Streik betroffenen Gebiete von schlimmster Wirkung sein müssen. Auf beiden Seiten, sowohl der Regierung wie auch bei den Eisenbahnern, zeigt man sich bemüht, die Tarifverhandlungen zu beschleunigen, um den Streik nicht weiter um sich greifen zu lassen. Daß wegen der Eisenbahnerfrage die preussische Landesversammlung schnellstmöglich einberufen werden soll, entspricht nicht den Tatsachen.

• **• Ankündigung des Generalfreik für Deutschland.** Wie die „Deutscher Volkszeitung“ erfährt, wurde in einer Versammlung der Reichstags- und Gewerkschaftsfunktionäre mitgeteilt, daß über ganz Deutschland der Generalfreik erklärt werden soll, wenn das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung angenommen

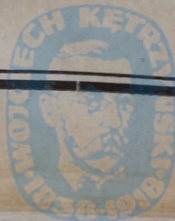
halten, müge die Preissteigerungen die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu beeinträchtigen. Gemäß werden von den 40 000 Tonnen Kohlen, schwimmenden Kränen, Schleppern und Waggern, deren Ablieferung die Alliierten verlangen, alle Schwimmboots abgezogen, die nach der Lieberer als ein Irrtum in den Verzeichnissen der Alliierten stehen (und die daher nicht bestehen). Immerhin soll diese Herabsetzung 186 000 Tonnen nicht überschreiten. Die alliierten und assoziierten Mächte sind überzeugt, daß die 192 000 Tonnen, deren Ablieferung von der deutschen Regierung vorgeschlagen wurde, und deren Verzeichnisse anlässlich der Beratungen der Sachverständigenkommission abgeliefert wurden, sofort abgeliefert sind. Für den Rest der abgelieferten Tonnenzahl, wie sie von der Liebergutachtenkommission bestimmt werden wird, wird der deutschen Regierung eine Frist gewährt, die für die Ablieferung der gesamten Tonnenzahl dreißig Monate nicht überschreiten darf.

Ostpreußen, haltet aus!

Der Friede ist ratifiziert! Für Euch nicht nur, liebe deutsche Brüder und Schwestern, für uns alle beginnt damit eine Zeit der Prüfungen. Gemeinsam wollen wir sie bestehen. — Die Volksabstimmung in Eurer teuren Heimat ist, wie die Eure, so auch unsere Sache. Darum geloben wir Euch an diesem schicksalsschweren Tage: Keine deutsche Stimme eines Ostpreußen — und wohnte er im fernsten Winkel des Reiches — soll am Abstimmungstage bei Euch fehlen. — In zäher geräuschloser Arbeit sind die Grundlagen geschaffen, die es jedem, auch dem Reichen und Schwachen, ermöglichen, Euch mit seiner Stimme zu helfen zu kommen. Alle Parteien und Konfessionen, alle Berufe, Gewerbe und Klassen weisfesseln, in der Grenz-Spende die vielen Millionen aufzubringen, die Euren Helfern die Sorge um das Geld für Reise, Unterkunft und Verpflegung abnehmen. Staatliche Summen sind bereits gespendet. Das große Werben und das große Geben sollen in den nächsten Tagen beginnen.

Halte aus, deutsche Brüder und Schwestern! Bleibt der Heimat treu! Das deutsche Vaterland wird auch Euch die Treue halten. Berlin AM 52 am Tage der Ratifizierung des Friedensvertrages.

Deutscher Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen
(Volksabstimmung)



INSTYTUT POLNOČNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Warszawie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
WOLSZTYNIE